

R o n a l d: Gehlken souveräner Preuße gemäß Verfassung 1871
Anlage – Preußisch militärischer Ersatzpass / Netzwerk Telegram

<https://t.me/unserRecht>

Kündige dem Vermieter:

Der Vermieter ist nicht Eigentümer der Immobilie, nach Militärgesetzgebung S.H.A.E.F. Art. 52 darf niemand kaufen oder verkaufen.

Schreiben an die Alliierten in Wiesbaden, - unser Vermieter kann aufgrund der S.H.A.E.F. – Gesetze nicht Eigentümer der Immobilie sein, somit gibt es keine Berechtigung für den „Vermieter“ einen Mietzins zu verlangen.

Nach Art. 1 Abs. 19 der S.H.A.E.F. Gesetze wird Anklage gegen den Vermieter erhoben. Aufgrund des aktiven Kriegsrechts und der Besatzung gehen wir davon aus, das wir keine Miete weiter bezahlen müssen, was in einem Treuhandsystem auch nicht nötig ist. Alles ist im Voraus bezahlt, das beinhaltet auch die Mietzahlungen.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung (HLKO) sind Geldforderungen im Kriegszustand ausgeschlossen.

Die Immobilie befindet sich im Eigentum der Besatzungsmächte und ist somit mietfrei zu bewohnen.

Gemäß aktives Kriegsrecht seit dem **31 Juli 1914** (das Reich hat nicht kapituliert) steht das Deutsche Reich 1871 seit dem 11.11.1918 unter Kriegsrecht im Waffenstillstand.

Auch das faschistische Staatswesen 3 Reich Adolf Hitler hat am 8 Mai 1945 nicht kapituliert, nur die Wehrmacht hat kapituliert.

Deutschland und Japan wurden weltweit zu Feindstaaten erklärt, es gibt bis heute keine Friedensverträge, somit ist das Kriegsrecht immer noch aktiv.

Der Staat Preußen, der an keinem Krieg beteiligt war, wird seit der Verhaftung des Preußischen Kanzler Otto Braun 1932 (Preußenschlag) belagert und handlungsunfähig gehalten.

Somit gab es zu keiner Zeit auch nur annähernd so etwas wie einen Staat.

Selbst die Bundesrepublik Deutschland war nach Aussagen der Militärregierung niemals ein Staat.

Gemäß Militärgesetzgebung ist es der Bundesrepublik Deutschland nicht erlaubt, sich als Deutschland zu bezeichnen oder für Deutschland zu handeln!!!
SHAEF- Gesetz Nr. 52, Artikel 1 § 1 / US- EUCOM 2015

Die "BRD" ist und war nie ein Staat, weder de jure noch de facto und zu keinem Zeitpunkt völkerrechtlich anerkannt.

Die BRD ist ein Verwalter ohne jegliche Befugnisse, seit 1990 eine Finanzverwalter GmbH im Auftrag der alliierten Siegermächte.

Somit gibt es auf deutschem Boden weder irgendwelche Ämter oder Behörden, die staatlich rechtsgültige Einträge in die Bücher der Katasterämter vornehmen könnten.

Es gibt keine zugelassenen Notare, Rechtsanwälte, Richter, Beamte oder ähnliches, die irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse ausüben könnten.

Das sogenannte Grundbuch existiert nur auf hoher See, eine Täuschung im Rechtsverkehr.

Einträge darin werden fingiert, es wird vermutet, dass die eingetragene Person (Sache) Eigentümer des Grundstückes / Immobilie ist.

Kein Amt, keine Behörde, keine „Bundesregierung“ kein „Bundesland“ hatte jemals irgendeine hoheitliche Befugnis, Gesetze zu ändern, zu erlassen, Eintragungen vorzunehmen, Gesetze durchzusetzen oder ähnliches, alles ist null und nichtig!

Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11

Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht der BRD / BRiD / Bund aufgrund des ungültigen Wahlgesetzes, die Legitimation zur Regierungstätigkeit und dem Deutschen Bundestag die Legitimation zur Gesetzgebung völlig entzogen und verboten.

Alle Gesetze, Verordnungen und Verträge sind **bis rückwirkend 1956 null und nichtig.**

In militärischer Befehlshabe ernannt zum Mitglied im Preußischen Herrenhaus 1 Kammer
In militärischer Befehlshabe ernannt zum Kommissarischen Staatssekretär der Preußischen Justiz
In militärischer Befehlshabe familiärer Genealogie lt. Verfassung 1871, Art. 68 Preußisches Gesetz vom 04.06.1851.

R o n a l d: Gehlken souveräner Preuße gemäß Verfassung 1871
Anlage – Preußisch militärischer Ersatzpass / Netzwerk Telegram

<https://t.me/unserRecht>

Seit 1990 wird versucht, die Regierungstätigkeit über illegale Wahlen zu legitimieren, was natürlich in Anbetracht der Militärgesetzgebung kriminell und unmöglich ist.

Die Gerichte / Richter / Richterinnen unterstehen hier den Freimaurerlogen unter Rothschild.

Rechtsanwälte / Notare unterstehen ihren Kammern, die ebenfalls zu den Freimaurer-Logen gehören.

So sieht das im gesamten, sogenannten „Deutschland“ aus, ein Deutschland das nie gegründet wurde, weder über eine Verfassung verfügt, weder über ein Staatsgebiet, weder über Gebietskörperschaftsrechte, was eine Vertretung des öffentlichen Rechts unmöglich macht.

Gemäß Bundes- Bereinigungsgesetz vom 27.11.2007 gem. § 2 Art. 4 – Aufhebung Bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Bundesrecht, wurde das Besatzungsrecht wieder vollständig hergestellt.

Verweis auf, Proklamation BK/O (47/50) 21.02.1947 – Grundbuchänderungen / Eintragungen sind ab Datum nur mit Zustimmung der Alliierten möglich.

Von daher wenden wir uns bezüglich künftiger Mietzahlungen an die Alliierten.

Alles Eigentum und Vermögen wurden beschlagnahmt.

Der Vermieter verstößt gegen Artikel 19 Abs. 1 der S.H.A.E.F. Gesetze.

Diebstahl oder Schwindelhafter Erwerb von Eigentum der Alliierten Streitkräfte oder eines Angehörigen selbst, werden mit dem Tode oder eines anderen Ermessens bestraft.

Die zuständige Gerichtsbarkeit befindet sich in Grafenwöhr.

Schon Adenauer sagte, wir haben kein Mandat des deutschen Volkes, wir haben einen Auftrag der Alliierten.

Carlo Schmid sagte, wir haben keinen Staat zu gründen, vielleicht ein Staatsfragment.

Das Grundgesetz war nie eine Verfassung, (S. Art. 146 GG) es war ein Besatzungsrechtliches Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem Kriegsbesetzten Gebiet.

Auch der unsinnige 2+4 Vertrag muss nicht einmal Erwähnung finden, 4 von den Unterzeichnern gehörten zum selben Verein, USA / England – Kohl und Genscher waren die angestellten Handlanger. Frankreich war ein Lakai des Vatikan und der Khasarenjuden, Russland – Schewadnarze hat gar nicht erst unterschrieben, weil die Russen restlos verarscht worden sind.

Im Ganzen betrachtet war das ein privates, kriminelles In- Sichgeschäft.

Schon seit 1956 dürfen somit keine Personalausweise, Reisepässe, Geburtsurkunden, Waffenscheine, Waffenverbote, Eheschließungen, Gerichtsverhandlungen, Strafverfolgungen, Urteile, Beschlüsse, Eintragungen in irgendwelche Register, Steuern, Bußgelder, Ordnungswidrigkeiten usw... verfolgt, eingetragen, bestraft usw... werden. - Alles ist kriminell! -

Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit:

In der Fassung der Bekanntmachung vom 20.05.1898 (RGL.1 S.771), außer Kraft getreten am 01.09.2009 aufgrund des Gesetzes vom 17.12.2008 (BGBl.1 S.2586):

Die Ausnahme-Gerichtsbarkeit der britischen B.A.R.- Gilde ist verboten.

Das Admiralsrecht / Gerichtsbarkeit auf hoher See ist bereits seit 2019 beendet.

Die Ausübung des See- Handelsrecht, ist nach **HGB 1897** auf dem Festland verboten.

AMERICAN BAR ASSOCIATION, TREATY OF 1947:

"Heutzutage ist ein Rechtsanwalt [attorney] ein vereidigter Officer des Gerichts und aufgrund seines eigenen Zugeständnisses als dieser Officer ist es seine Pflicht, dem Bürger den Willen des Staates aufzuzwingen."

Der B.A.R.-Anwalt attorniert (= umwenden, drehen, übertragen) Privatbesitz in öffentlichen Besitz. Damit ist festgestellt, daß auch diese anwaltliche Tätigkeit von vornherein unter arglistiger

In militärischer Befehlshabe ernannt zum Mitglied im Preußischen Herrenhaus 1 Kammer

In militärischer Befehlshabe ernannt zum Kommissarischen Staatssekretär der Preußischen Justiz

In militärischer Befehlshabe familiärer Genealogie lt. Verfassung 1871, Art. 68 Preußisches Gesetz vom 04.06.1851.

R o n a l d: Gehlken souveräner Preuße gemäß Verfassung 1871
Anlage – Preußisch militärischer Ersatzpass / Netzwerk Telegram

<https://t.me/unserRecht>

Täuschung, sowie weiterer Unterschlagungen den Autografen nur geschädigt hat!

D

Bezeichnung des Staates in Kurzform	Schlüssel	Staatsangehörigkeit
Dänemark	126	dänisch
Deutschland	000	deutsch
Dominica	333	dominicanisch
Dominikanische Republik	335	dominikanisch
Dschibuti	230	dschibutisch

Als Feindstaat unter aktives Kriegsrecht und Besatzung hat Deutschland keinen Staatenschlüssel.

Artikel 132

**Auflösung
des Ersten Gesetzes zur
Änderung mietrechtlicher Vorschriften**

(402-12-1)

In Artikel III des Ersten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 29. Juli 1963 (BGBl. I S. 505) werden die §§ 1 und 2 aufgehoben.

Artikel 133

**Auflösung
des Zweiten Gesetzes zur
Änderung mietrechtlicher Vorschriften**

(402-12-2)

In Artikel IV des Zweiten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 14. Juli 1964 (BGBl. I S. 457) werden die §§ 1 bis 6 aufgehoben.

Artikel 134

**Auflösung des Zweiten
Wohnraumkündigungsschutzgesetzes**

(402-12-5)

Die Artikel 4 bis 7 des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes vom 18. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3603), das durch Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1912) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Die gesamte Mietrecht- Gesetzgebung wurde aufgehoben, da alle Gesetzgebungen null und nichtig sind, die Bundesrepublik Deutschland / Bund / Deutschland / Germany usw... dürfen weder Gesetze erlassen noch irgendwelche Gesetzgebungen als private Unternehmen anwenden.

Da die Gerichte nach den **Clearfield Doktrin 2008** keinerlei Rechte und Befugnisse mehr haben, staatliche Gesetzgebungen anzuwenden, dürfen diese weltweit nur noch handelsrechtliche Verträge schließen.

Die Gerichte in „Deutschland“ verfügen als private amerikanische Unternehmen nicht einmal über einen Eintrag im Handelsregister noch über eine Gewerbeerlaubnis.

Somit dürfen Gerichte in „Deutschland“ nicht einmal das Handelsrecht ausüben.

In militärischer Befehlshabe ernannt zum Mitglied im Preußischen Herrenhaus 1 Kammer
In militärischer Befehlshabe ernannt zum Kommissarischen Staatssekretär der Preußischen Justiz
In militärischer Befehlshabe familiärer Genealogie lt. Verfassung 1871, Art. 68 Preußisches Gesetz vom 04.06.1851.

R o n a l d: Gehlken souveräner Preuße gemäß Verfassung 1871
Anlage – Preußisch militärischer Ersatzpass / Netzwerk Telegram

<https://t.me/unserRecht>

Abgesehen davon, haben auch die Rechtsanwälte keine staatliche Zulassung, bei handelsrechtlichen Vertragsabschlüssen vor „Gericht“ , sind diese auch völlig überflüssig geworden.